

Medienmitteilung

Freitag, 25. Mai 2018 – Sperrfrist: 13 Uhr

*Private Banking – eine Schlüsselexportindustrie der Schweiz*

## **Die Schweizer Vermögensverwaltung benötigt ein Integrationsmodell in Europa**

**Der Zugang zum europäischen Markt und die Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union standen im Mittelpunkt des dritten Private Banking Day, zu dem die Vereinigung Schweizerischer Privatbanken (VSPB) und die Vereinigung Schweizerischer Assetmanagement- und Vermögensverwaltungsbanken (VAV) heute in Lugano geladen hatten. An der Veranstaltung nahmen Persönlichkeiten aus dem Private Banking sowie aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung teil. Die Thematik wurde auch aus der Perspektive des Kantons Tessin beleuchtet.**

Die private und institutionelle Vermögensverwaltung generiert mehr als 50 % der Erträge des gesamten Schweizerischen Bankensektors und ist, was bisher wenig beachtet wurde, eine Exportindustrie. Die Dienstleistungen werden in erster Linie in der Schweiz produziert und von Kundinnen und Kunden in Anspruch genommen, die zu zwei Dritteln im Ausland – und zwar primär in Europa – wohnen. Vor diesem Hintergrund betonte Yves Mirabaud, Präsident der VSPB, die Relevanz guter Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Besonders wichtig sei es, über einen aktiven, ungehinderten Zugang zum europäischen Markt zu verfügen: *«Dies ist die Voraussetzung dafür, dass die Banken ihre Dienstleistungen weiterhin exportieren können und Arbeitsplätze sowie Wertschöpfung in der Schweiz verbleiben»*, betonte er. In diesem Zusammenhang beschrieb er verschiedene mögliche Umsetzungsvarianten. Denkbar seien etwa bilaterale Verträge mit bestimmten Ländern, die Nutzung von Äquivalenzverfahren, soweit diese im europäischen Recht vorgesehen sind, bis hin zu einem – noch hypothetischen – Abkommen mit der EU über Finanzdienstleistungen.

Jeroen Dijsselbloem, bis Ende 2017 Präsident der Euro-Gruppe und niederländischer Finanzminister, skizzierte die mögliche Entwicklung des europäischen Finanzmarkts. Dieser sei zwischen verschiedenen politischen Kräften hin- und hergerissen: solchen, die auf eine Zentralisierung der Kompetenzen oder sogar auf die Errichtung neuer protektionistischer Massnahmen gegenüber Nicht-EU-Ländern setzten, jenen, die eine Rückübertragung von Zuständigkeiten auf die Nationalstaaten innerhalb der EU forderten und schliesslich denen, die eine auf freien Weltmärkten basierende Wettbewerbspolitik verfolgten. Er sprach auch die Auswirkungen auf Drittländer wie die Schweiz an. Dabei warnte Jeroen Dijsselbloem: *«Unabhängig vom Ausgang ist klar: Aufgrund der neuen Erfahrungen mit dem Brexit wird die EU-Finanzpolitik Konsequenzen für Drittländer wie die Schweiz haben, die stärker mit der EU interagieren wollen.»*

Bundesrat Ignazio Cassis, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten EDA, präsentierte die Leitlinien der Europapolitik des Bundesrats. Dabei zeigte er unter anderem auf, dass die Finanzdienstleistungsfrage nicht direkt mit der EU geregelt wird, sondern bilateral mit den EU-Mitgliedern. Ignazio Cassis sagte: *«Der Bundesrat*

*ist sich bewusst, dass die Vermögensverwaltung ein Schlüsselexportsektor für die Schweiz ist. Er setzt sich daher für die bestmöglichen Lösungen, insbesondere im Bereich der grenzüberschreitenden Finanzdienstleistungen, ein.»*

Das Thema wurde im Rahmen einer Diskussionsrunde mit folgenden Persönlichkeiten vertieft: Christian Vitta, Staatsrat und Vorsteher des Departements für Finanzen und Wirtschaft des Kantons Tessin, Yves Nidegger, Genfer SVP-Nationalrat, Alberto Petruzzella, Präsident des Tessiner Bankenverbands, sowie John Williamson, Präsident des Verwaltungsrats der EFG International AG und Vorstandsmitglied der VAV. In der Debatte erörterten die Gesprächsteilnehmer, ob es ein optimales Modell für die Integration der Schweiz in den europäischen Finanzdienstleistungssektor gäbe und wie dieses aussehen könnte.

In seinem Schlusswort ging der neue VAV-Präsident Marcel Rohner auf die verschiedenen Voten ein. Er wies darauf hin, dass die Schweiz in den letzten Jahren ihre Hausaufgaben mit der Verabschiedung zahlreicher neuer Regulierungen gemacht und die eigene Gesetzgebung an die internationalen sowie europäischen Normen angepasst habe. In Bezug auf die Finanzdienstleistungen sagte Marcel Rohner: *«Unser Land darf von der EU einen pragmatischen Ansatz zur Erlangung einer ausgewogenen sektoriellen Lösung erwarten, die den Besonderheiten jedes Partners Rechnung trägt und protektionistische Handelshemmnisse abbaut. Es liegt nun an uns allen, unsere Kreativität für die Erarbeitung einer solchen Lösung einzusetzen.»*

**Weitere Informationen:**

Jan Langlo, Direktor VSPB

[langlo@abps.ch](mailto:langlo@abps.ch), +41 22 807 08 00

Pascal Gentinetta, Geschäftsführer VAV

[pascal.gentinetta@juliusbaer.com](mailto:pascal.gentinetta@juliusbaer.com), +41 79 202 48 65